

19. März



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 21 - 38
Fernschreiber 0886 890

F/XIV/65 - 19. März 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2a	Der Weg ist gezeigt! Zum Deutschland-Plan der SPD	118
3	Amerika liquidiert sein "Kolonialreich" "Territorium Hawaii" - 50. Gliedstaat der USA Von unseren Korrespondenten in den USA	52
4 - 5	Die Personalausgaben des Bundes Von Heinrich G. Ritzel, MdB, Mitglied des Haushaltsausschusses	57
6 - 7	Mutterschutz Ein ungelöstes Problem in der Bundesrepublik	76

* * *
* *

Der Weg ist gezeigt!
Zum Deutschland-Plan der SPD

sp - Zur rechten Zeit hat die deutsche Sozialdemokratie ihren Deutschland-Plan veröffentlicht. Er wird für die nächsten vielleicht entscheidenden Wochen und Monate die innen- und außenpolitische Diskussion um Deutschland wesentlich befruchten. Der Plan versucht, ausgehend von der tragischen Situation unseres Volkes vierzehn Jahre nach dem Zusammenbruch, Wege aufzuzeigen, die geeignet sein könnten, der Welt einen Krieg um Deutschland zu ersparen und die Spaltung unseres Vaterlandes und Europas zu überwinden. Blind wäre, der die durch den sowjetrussischen Vorstoß in der Berlin- und Deutschland-Frage auf uns zukommenden Gefahren übersähe. Wenn sich die vier Großmächte nicht über Berlin verständigen, heißt es in der Präambel, droht Krieg; wenn sie sich nur über Berlin verständigen, droht die Teilung Deutschlands endgültig zu werden. Hier wird genau der Punkt fixiert, an dem die Deutschland-Politik des Westens und des Ostens angelangt ist. Es bedarf ungeheurer Anstrengungen, politischer Weitsicht und moralischen Mutes, um aus dieser Gefahrenzone so herauszukommen, daß der Weltfrieden erhalten bleibt und die deutsche Wiedervereinigung errungen wird.

Die Diskussion um Berlin und Deutschland hat weltweite Ausmaße angenommen. Manche Tabus, die bestanden, sind inzwischen aufgegeben worden. Viele Gedanken der deutschen Sozialdemokratie über europäische Sicherheit und Wiedervereinigung Deutschlands und über das Auseinanderrücken der beiden Militärböcke auf deutschem Boden fanden Anklang und gehören heute mit zum Bestandteil des westlichen politischen Denkens.

Auch in der deutschen Innerpolitik gerieten die Geister in Bewegung, erfolgte, wenn auch noch nicht in sichtbaren konkreten Handlungen, eine gewisse Auflockerung starrer Fronten. Erinnerung sei an die am 1. Oktober des vergangenen Jahres in Berlin einstimmig angenommene EntschlieÙung des Bundestages, die den Rahmen für die zu erwartenden Verhandlungen zwischen den Großmächten weit absteckte. Dort heißt es u.a.:

19. März 1959

"Der deutsche Bundestag erwartet die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands von einem unmittelbaren freien Willensentschluss des gesamten deutschen Volkes in seinen heute noch begrenzten Teilen, der nach der Beseitigung der nicht in deutscher Zuständigkeit liegenden Hindernisse herbeizuführen ist. Der deutsche Bundestag erklärt seine Bereitschaft, jede Verhandlung zu unterstützen, die die Wege zu einem solchen Willensentscheid des deutschen Volkes ebnet; sobald eine Vereinbarung der vier Mächte diese Möglichkeit erschlossen hat."

Mit dieser elastischen Entschliessung kam der Bundestag herunter vom Holzweg starrer Reihenfolgen, in denen bisher alle Verhandlungen über Deutschland steckengeblieben waren.

Der Deutschland-Plan der SPD trägt der Lage, wie sie sich jetzt darstellt, Rechnung und zieht die Folgerungen daraus. Die deutsche Wiedervereinigung ist nicht möglich ohne eine vorhergehende Entspannung, verbunden mit einem Abbau des Misstrauens zwischen West und Ost. Er drängt die Regierungen, den Verhandlungsweg recht bald zu beschreiten und sich nicht in Prozedurfragen zu erschöpfen. Dies verlangt von westlicher Seite vor allem eine ebensolche Klarheit des Willens und der Zielstrebigkeit, wie sie auf sowjetrussischer Seite zu verzeichnen ist. Deshalb enthält der politisch-militärische Teil des Planes eine Zusammenfassung aller - und nicht nur von der Sozialdemokratie - gewünschten notwendigen Schritte und Massnahmen, um eine Auflockerung des auf Mitteleuropa lastenden militärischen Druckes herbeizuführen.

Die Bildung einer militärisch verdünnten Zone in Mitteleuropa allein gibt jedoch noch nicht das Startsignal für die deutsche Wiedervereinigung. Dazu bedarf es besonderer Anstrengungen von deutscher Seite. Die Vorstellung, die Wiedervereinigung werde sich eines Tages als ein Gnadenakt der Geschichte vollziehen, gehört der Vergangenheit an. Auch der Gedanke, der lange Jahre die Politik der Bundesregierung bestimmte, die Wiedervereinigung werde sich infolge der engen militärischen Anlehnung an die Westmächte von der Sowjetunion erpressen lassen, hat heute etwas Absurdes. Er steht im Widerspruch zu der seit 1955 eingetretenen Veränderung der Machtverhältnisse zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Auch ist nicht die faktische Konsolidierung der DDR zu übersehen. Der Prozess der Entfremdung zwischen beiden Teilen Deutschlands in politischer und ökonomischer Hinsicht drückt der deutschen Wirklichkeit im Jahre 1959 seinen unverkennbaren

Stempel auf. Die Wiedervereinigung Deutschlands kann heute nur stufen- und etappenweise erfolgen, um für beide Seiten das politische Risiko möglichst klein zu halten.

So beanspruchen wohl die Teile des Deutschland-Planes der SPD über die politische und wirtschaftliche Zusammenführung Deutschlands, die wiederum nur als Produkt einer militärischen stufenweisen Entspannung denkbar und durchführbar ist, wohl die grösste Aufmerksamkeit; an ihnen werden sich die Geister entzünden. Um es vorwegzunehmen: Wer sich - sei es infolge eines Mangels an Selbstvertrauen oder aus Gewöhnung an den Status quo - die Fähigkeit nicht zutraut, alles zu unternehmen, um wieder ein Volk in einem Vaterland zu werden, der soll das Wort Wiedervereinigung nicht mehr im Munde führen, der hat politisch abgedankt. Niemand - weder der Westen noch die Sowjetunion - nimmt uns diese Aufgabe des Sich-Wiederfindens ab; wir müssen sie selbst erfüllen! Der Weg, der hier der Deutschlandplan der SPD aufzeigt, wird lang und auch voller Schwierigkeiten sein. Er ist jedoch - da in der Vergangenheit so viele Chancen verthan wurden - wohl einer der wenigen, den zu beschreiten uns übrig geblieben ist. Der Verzicht darauf, diesen Weg einzuschlagen, ist in dieser dramatisch zugespitzten Situation gleichbedeutend mit der Fortsetzung des Wetttrüstens und mit dem Verzicht auf die Anwendung der Vernunft.

An der Wiege des Deutschlandplanes der SPD stand die grosse Sorge um das Schicksal unseres Volkes. Bisher mangelte es der Bonner Politik und - ganz allgemein - der Deutschlandpolitik der Westmächte an klaren Vorstellungen und Mut zu neuen Ideen und Initiativen. Mit der Wiederholung alter Denkschemata als Antwort auf eine grundlegend neue Entwicklung ist niemandem mehr gedient. Der Deutschlandplan der Sozialdemokratie soll daher ein Beitrag zur Klärung sein in einer Zeit voller Irrungen und Wirrungen; er ist orientiert auf das Notwendige und Erlangliche, er richtet den Blick auf die Zukunft.

Die deutsche Sozialdemokratie hat die Zwangslage nicht verschuldet, in der sich Deutschland heute befindet. Sie hat die Bundesregierung gemahnt und beschworen, sowjetrussische Warnungen der Vergangenheit nicht in den Wind zu schlagen. Die Bundesregierung wählte unter Verzicht einer aktiven und die Realitäten berücksichtigenden Wiedervereinigungspolitik den Weg der Beteiligung an Wetttrüsten zwischen Ost und West. Im Schatten dieser einseitigen Orientierung etablierte sich die DDR als Faustpfand der sowjetischen Europapolitik. Heute will die Sowjetunion dieses Faustpfand juristisch sichern. Das alles zeigt, wie schmal der Grat geworden ist, auf dem sich die deutsche Politik noch bewegen kann.

Der Deutschlandplan der SPD vermittelt klare Vorstellungen über das, was auf der Kreuzwegstation zur deutschen Wiedervereinigung geschehen muss. Er zerstört die Nebelwand von Illusionen und zeigt allen politischen Kräften Deutschlands die Richtung an, in der sie handeln sollen und handeln müssen, wenn sie Freiheit, Sicherheit und Wiedervereinigung erzwingen wollen.

Amerika liquidiert sein "Kolonialreich"

Von unserem Korrespondenten in den USA

New York, Ende März

Als der amerikanische Kongreß vor wenigen Tagen mit überwältigender Mehrheit das Gesetz annahm, das "Territorium Hawaii" als fünfzigsten Gliedstaat in die Familie des amerikanischen Bundesstaats aufzunehmen, war ein entscheidender Schritt getan, um das "Kolonialreich", das von den anti-kolonial denkenden Vereinigten Staaten im Widerspruch zu den eigenen Prinzipien verwaltet wurde, endgültig zu liquidieren. Die Amerikaner, getreu ihrer Geschichte als ehemalige Kolonie Englands, hatten in der eigenen Kolonialverwaltung stets ein schlechtes Gewissen, so daß jetzt, da es damit vorbei ist, unausgesprochen ein Seufzer der Erleichterung durch das Volk geht.

Amerika hatte seine Kolonien entweder von jemand anderem gekauft, wie vor allem Alaska, das vor hundert Jahren der russische Zar billig loszuwerden bereit war, oder es hatte sie als Erben des spanisch-amerikanischen Krieges von 1898 erworben, wie Porto Rico und die Philippinen. In echter kolonialer Durchdringung war nur die Inselgruppe von Hawaii im Pazifik zu den USA gestoßen, - aber auch auf eine so friedliche Weise, daß es fast anekdotisch ist: als das einheimische hawaiische Königtum ausstarb, wählten sich die Hawaiianer in freier Wahl einen Präsidenten - und zwar den amerikanischen Industriellen, der die industrielle Ananas-Verwertung, heute eine Hauptstütze der hawaiischen Wirtschaft, dort eingeführt hatte. Der wackere Mister wußte mit seiner Präsidentenwürde nicht viel anzufangen; er schloß mit Washington einen Protektoratsvertrag: Das amerikanische Territorium Hawaii war geboren.

Nach dem zweiten Weltkrieg gab Amerika den Philippinen die totale Freiheit und Unabhängigkeit. Dann wurde die Kolonie Porto Rico in ein "Commonwealth" mit völliger Selbstverwaltung, assoziiert mit den USA, umgewandelt, wobei Onkel Sam alle Kosten der Landesverwaltung trägt und die Portoricaner in dem Idealzustand leben, keine Steuern zahlen zu müssen. Dann wurde, vor ein paar Monaten, Alaska als 49. Gliedstaat in die Union aufgenommen, - und da jahrelang beide Territorien, Alaska und Hawaii, gemeinsam an die Cür der Gliedstaatseligenschaft gepocht und beide gemeinsam jahrelang abgewiesen worden waren, stand es nunmehr ziemlich fest, daß auf Alaska auch bald Hawaii folgen würde. Die konservativerer Parlamentarier der Südstaaten, die sich mehr und mehr durch Zulassung neuer Staaten in die Minderheit gedrängt sahen und den eigentlichen Bundesstaat auf das zusammenhängende kontinentale Kernstück beschränkt halten wollten, erlahmten schließlich in ihrem Widerstand. Jetzt gibt es als eigentliche Kolonien der USA nur noch die kleinen Jungferinseln im Karibischen Meer, die strategisch wichtige Panama-Kanalzone und einige Inseln im Pazifik, die aber meist als Treuhandschaftsgebiete der UNO unter deren Aufsicht verwaltet werden.

Hauptbefürworter der "Beförderung" beider Territorien waren seit langem die Militärs. Beide Territorien sind wichtige vorgeschobene militärische Stützpunkte der "Festung Amerika", und dem Pentagon lag daran, die innere moralische Anteilnahme der örtlichen Bevölkerungen an diesen Stützpunkten zu erhöhen. Zucker und Ananas, die historischen Haupteinnahmequellen der Insel sind in den Hintergrund gedrängt. Die riesigen Militäranlagen von Pearl Harbour (Flotte) und Hickam (Luftwaffe) sind heute die größten Arbeitgeber von Hawaii und Hauptquellen des allgemeinen Wohlstandes. An zweiter Stelle folgt der Fremdenverkehr, der die märchenhaft schönen Strandlandschaften von Waikiki, dicht bei der Hauptstadt Honolulu, längst für sich in Besitz genommen und mit unzähligen Riesenhotels garniert hat.

Die Personalausgaben des Bundes
von Heinrich G. Ritzke, MdB.
Mitglied des Haushaltsausschusses

Der Bundestag hat bei der vorjährigen Etatberatung einen Beschluß gefaßt, der auch für die Aufstellung des Haushaltsplanes 1959 wegweisend sein soll. Danach sollen bei der Veranschlagung der persönlichen Ausgaben in den künftigen Haushaltsplänen die Stellen für Beamte, Angestellte und Arbeiter nur vermehrt werden, wenn der Mehrbedarf die unvermeidliche Folge neuer gesetzlicher Aufgaben ist und durch Personalumbesetzungen nicht gedeckt werden kann. Stellenhebungen, also Beförderungen, von einer Haushaltsstufe in eine höhere, sollen künftig ohne wesentliche Veränderung des Arbeitsgebietes nicht mehr zugelassen werden.

Seitdem der Haushaltsausschuß Mitte Januar 1959 mit der Beratung des Haushaltsplanentwurfs der Bundesregierung für 1959 begonnen hat, sind gegenüber den Personalanforderungen der Regierung auf dem Gebiete der Bewilligung neuer Stellen und von Stellenhebungen umfangreiche Streichungen erfolgt. Die Mehrheiten waren im Haushaltsausschuß nicht immer die gleichen, aber im großen und ganzen haben sich die Mitglieder des Haushaltsausschusses, die wegen der Dringlichkeit ihrer Aufgaben vielen Planersitzungen fernbleiben und die sitzungsfreien Wochen des Parlaments opfern müssen, zu einer einheitlichen Auffassung durchgerungen.

Um welche Größenanordnungen es sich bei den Personalausgaben des Bundes handelt, mögen die folgenden Ziffern zeigen:

Von dem Gesamtvolumen des Haushaltsentwurfs von 39,1 Milliarden DM (= 100%) betragen die Personalausgaben insgesamt 4,5 Milliarden DM = 11,7 v.H.

Sie setzen sich im einzelnen wie folgt zusammen:

Personalausgaben der Verwaltung ohne Verteidigung	1 049,6 = 2,7 v.H.
Personalausgaben der Verteidigung	1 799,2 = 4,6 v.H.
Versorgung der Bundesbeamten	143,2 = 0,3 v.H.
Versorgung der Bundeswehr und Versorgung nach G. 131	<u>1 590,3 = 4,1 v.H.</u>
	4 582,3 = 11,7 v.H.

Wenn rund 4,5 Milliarden DM Personalausgaben zur Diskussion stehen, dann ist es klar, welche Bedeutung das Verlangen nach Sicherung einer sparsamen Verwaltung hat. Es ist nicht zu bestreiten, daß die Verweigerung von Stellenhebungen und in manchen Fällen auch die Verweigerung neuer Stellen gewisse Härten mit sich bringt. Diese Härten können dann überwunden werden, wenn berechnete und mögliche Sparmaßnahmen durchgesetzt werden. Einer sparsamen Verwaltung bieten sich hier noch manche guten Möglichkeiten. Es sei z.B. daran erinnert, daß es nicht unbedingt notwendig ist, die Paßkontrolle an ca. 60 deutschen Grenzstellen durch besondere Paßkontrolleure ausüben zu lassen, während an 730 anderen deutschen Grenzstellen die Paßkontrolle durch die dort stationierten Zollbeamten genügt.

Die bei der Errichtung der Verkehrssünderkartei angewandten Methoden sind gleichfalls nicht der Weisheit letzter Schluß. Im Bereich des Verteidigungshaushalts und an anderen Stellen würde sich einem Sparkommissar noch größere Möglichkeiten anbieten. In den deutschen diplomatischen Vertretungen im Ausland sind auf sozialdemokratischem Antrag schon 1958 Sparmaßnahmen eingeleitet worden, deren Ziel u.a. die Schließung nicht unbedingt notwendiger Konsulate ist. Eine sehr wünschenswerte Durchkämmung gewisser deutscher Auslandsmissionen würde zu weiteren Sparmöglichkeiten führen.

Die Verantwortung, die die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und vor allem die Mitglieder des Haushaltsausschusses gegenüber dem Steuerzahler zu tragen haben, darf wahrhaftig nicht gering veranschlagt werden. Sie muß sowohl auf dem Gebiete der Personalausgaben als auch in Sparmaßnahmen auf sachlichen Gebiet lebendigen Ausdruck finden.

Mutterschutz

G.Str. - Bei je 10 000 Geburten in der Bundesrepublik sterben 15 Mütter im Wochenbett. Die Müttersterblichkeit rangiert noch immer an dritter Stelle unter den Todesursachen bei Frauen.

Bei je 10 000 Geburten sterben ca. 400 Säuglinge vor Vollendung des ersten Lebensjahres. Etwa die Hälfte aller frühkindlichen Todesfälle betrifft Frühgeburten. Die Zahl der Frühgeburten ist enorm gestiegen. Bei 8 bis 10 Prozent aller nicht berufstätigen, aber bei mehr als 20 Prozent aller berufstätigen Frauen kommt es zu Frühgeburten.

Mit diesen erschütternden Zahlen hält die Bundesrepublik in der Welt einen traurigen Rekord. Nur unter der farbigen Bevölkerung der USA und in Japan ist die Müttersterblichkeit zur Zeit noch höher als bei uns. Die vergleichbaren Zahlen in den meisten europäischen Ländern liegen durchschnittlich um die Hälfte niedriger. Bezogen auf 10 000 lebend geborene Kinder starben 1956 in den benachbarten Niederlanden nur 7, in Dänemark 5, in Belgien 8, in England 6, in Frankreich 7, in Schweden 5 Mütter bei der Geburt ihres Kindes. Und es waren z.B. in England bei 10 000 Neugeborenen nur 230 verstorbene Säuglinge zu beklagen.

In der Bundesrepublik hat man offenbar den Anschluß an die weiterschauende Sozial- und Gesundheitspolitik der übrigen Staaten verpasst. Durch regelmäßige Untersuchungen während der Schwangerschaft vom frühestmöglichen Zeitpunkt an ist außerhalb Westdeutschland seit Längerem dafür gesorgt, daß ein "zu spät" als häufigste Todesursache von vornherein ausgeschaltet werden kann. Durch steuerliche Vergünstigungen, die beispielsweise in Frankreich bereits gewährt werden, wenn der Arzt die Schwangerschaft festgestellt hat, durch Geburtsprämien und Familienzulagen werden die wirtschaftlichen Belastungen, die vor allem die junge Familie zu tragen hat, weitgehend gemildert und die berufstätige werdende Mutter von drückenden wirtschaftlichen Sorgen befreit, die erfahrungsgemäß bei uns, neben dem ständig steigenden Arbeitstempo, für die viel zu vielen Frühgeburten mitverantwortlich zu machen sind.

Die Bundesregierung ist sich der Verantwortung gegenüber der Volksgesundheit trotz vieler Versprechungen offenbar nicht bewusst. Im 1952 erlassenen Mutterschutzgesetz ist z.B. nicht einmal eine Bestimmung enthalten, die eine Freistellung von der Arbeit für regelmäßige Untersuchungen während der Schwangerschaft ermöglicht. "Kinderkrieg" ist keine Krankheit.

besagen die starren Paragraphen der RVO, nach denen vorbeugende Untersuchungen durch die Kassen nicht honoriert werden dürfen. Eine buchstäblich tödliche Bestimmung der RVO besteht darin, daß in Fällen, in denen der Arzt wegen zu fürchtender Komplikationen bei der Geburt die Einweisung in die Klinik anordnet, die Väter für die Unkosten aufkommen müssen, wenn die Geburt wider Erwarten glücklich verläuft. Und noch eine gesetzliche Bestimmung wirkt sich nachteilig auf die Gesundheit der berufstätigen werdenden Mütter aus: Der Lohnausfall und die daraus resultierende Verminderung des Wochengeldes, weil das Mutterschutzgesetz hinter den Erfordernissen der Arbeitszeitverkürzung herhinkt.

In seiner vorzüglichen Studie zu den sozialpolitischen Problemen in der Geburtshilfe haben die Professoren Dr. H. Kirchhoff und Dr. Rosemann, Göttingen, bereits vor zwei Jahren auf diese Hemmnisse einer ausreichenden Gesundheitssicherung hingewiesen. Sie erklärten auch, daß eine generelle Ausdehnung des Mutterschutzes auf 10 bis 12 Wochen vor dem normalen Geburtstermin zu einer deutlich wahrnehmbaren Senkung der Frühgeburtenhäufigkeit und der Mütter- und Säuglingssterblichkeit führen würde. In unserem kleinen Nachbarlande Österreich ist diese Schutzmaßnahme bereits seit langer Zeit praktische Wirklichkeit!

Was aber tut die Bundesregierung? Für sie existiert offensichtlich die Tatsache nicht, daß seit 1950 die Frauenbeschäftigung um 60 Prozent zugenommen hat, daß heute 2,4 Millionen Frauen mehr im Produktionsprozess stehen, weil die Wirtschaft diese "Arbeitskraft-Reserve" brauchte. Sie hat darüber hinaus neue einschneidende Maßnahmen konzipiert, die den Mutterschutz durch den Abbau wichtiger Bestimmungen noch mehr in Gefahr bringen werden. Die beabsichtigte Krankenkassenreform droht eine wesentliche Verschlechterung des Mutterschutzes zu bringen. Mutterschaftshilfe, bisher Wochengeld genannt, soll danach nur gewährt werden, wenn im Zeitpunkt der Empfängnis eine Versicherungspflicht oder ein Arbeitsverhältnis bestanden hat; es wird gar um die Hälfte gekürzt, wenn der Ehemann arbeitet. Stillgeld soll künftig mit einem Fauschbetrag abgetan werden. Die jungen Familien, in denen beide arbeiten, weil eine eigene Wohnung auf Jahre hinaus sonst niemals Wirklichkeit würde, nun auch noch mit finanziellen Einbußen zu bestrafen, weil sie den Willen zur Kind haben, das wirft ein bezeichnendes Licht auf die verstaubten Ansichten, mit denen in der Bundesrepublik "Sozialpolitik" gemacht wird.

Bleibt nur zu hoffen, daß sich die sozialpolitischen Vorstellungen der SPD im Bundestag durchsetzen werden, wonach der Mutterschutz als eine gesundheitspolitische Maßnahme allerersten Ranges vom Staat finanziert werden muß. Am falschen Fleck sparen, könnte sich sonst eines Tages bitter rächen.

Verantwortlich: Günter Markscheffel